

Zehnjährigem Böller in Hand gedrückt: Schwer verletzt

Dortmund. Ein zehnjähriger Junge ist am Samstagnachmittag auf einem Spielplatz in Dortmund von einem Böller schwer verletzt worden. Ein Jugendlicher habe den Jungen angesprochen, ihm den Böller ausgehändigt und angezündet – der Feuerwerkskörper detonierte in der Hand des Kindes, wie die Polizei mitteilte. Der Zehnjährige erlitt schwere Verletzungen an beiden Händen sowie im Gesicht und im Bauchbereich. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Sein neun Jahre alter Freund, der sich gemeinsam mit ihm auf dem Spielplatz aufgehalten hatte, suchte mit seinen Eltern wegen eines Knalltraumas ebenfalls eine Klinik auf, sagte ein Polizeisprecher.

Erste Ermittlungen weisen auf einen 14-jährigen Dortmunder hin. Die Beamten leiteten ein Strafverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung ein. Die Ermittlungen dauern an. *dpa*

Leserbriefe

Frieden braucht Schutz

Deutschland wird Raketenmacht. Viele von uns haben lange geglaubt, dass Frieden in Europa selbstverständlich ist. Spätestens seit dem Krieg in der Ukraine wissen wir, dass das leider nicht stimmt. Sicherheit fällt nicht vom Himmel – sie muss geschützt werden. Deshalb halte ich es für richtig, dass Deutschland in seine Verteidigung investiert. Eine gut ausgestattete Bundeswehr soll keinen Krieg führen, sondern verhindern, dass es überhaupt so weit kommt. Wer stark und vorbereitet ist, wird nicht so leicht bedroht oder erpresst. Es geht dabei nicht um Militär um des Militärs willen, sondern um den Schutz unseres Alltags, unserer Freiheit und unserer Zukunft – hier bei uns und in ganz Europa.

Andreas Bronheim, Sundern

Naiv

Völkerrecht. Wie naiv muss man eigentlich sein, wenn deutsche Bürger/Politiker/Abgeordnete (meist aus der 2. Reihe) immer wieder fordern, dass der Bundeskanzler die amerikanische Administration, aber auch Politiker anderer Staaten auf das Völkerrecht hinweist, wie jetzt zum Fall Venezuela. Da stellt sich doch die Frage, an welches Völkerrecht halten sich denn die Despoten wie Maduro, die Mullahs im Iran, Putin, Lukaschenko und all die anderen Verursacher der unzähligen Kriege nach dem Ende des 2. Weltkrieges. Das Völkerrecht existiert doch nur auf dem Papier. Das scheinen aber besonders die links orientierten Vertreter im Bundestag noch nicht verstanden zu haben, und das ist an Peinlichkeit kaum zu überbieten.

Friedel Schwütter, Meschede

Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Wir behalten uns Kürzungen vor. Schicken Sie Ihre Leserbriefe mit kompletter Adresse und Tel.-Nr. an:

WESTFALENPOST

Leserdialog

Schürmannstraße 4

58097 Hagen

02331 917-4172; Fax: -4206

leserdialog@westfalenpost.de

„Schulmails“ der Corona-Jahre als mahnendes Beispiel: Wie NRW die Glatteis-Schulschließung vorbereitete und woran es noch immer hakt.

Tobias Blasius

Düsseldorf. Die „Schulmail“ hat in Nordrhein-Westfalen nicht den besten Ruf. Vor gut fünf Jahren wurden die so getauften Runderlasse des Düsseldorfer Schulministeriums an die landesweit rund 5500 Schulen im Land erstmals einer größeren Öffentlichkeit bekannt. Die amtlichen Dekrete zeichneten sich dadurch aus, dass sie einschneidende Änderungen für den Unterrichtsalltag von rund 2,5 Millionen Schüler unter Corona-Infektionsschutzmaßnahmen vorzugsweise am Freitagabend mit Wirkung zum folgenden Montag vorschrieben. Lehrerkollegien und Elternhäuser wurden regelmäßig überrumpelt.

Die heutige NRW-Schulministerin Dorothee Feller (CDU) kannte all die Horrorgeschichten über die Kurzfristigkeit der damaligen Vorgaben, als sie 2022 ihr Amt antrat. Als Verwaltungsjuristin und vormalige Münsteraner Regierungspräsidentin wusste sie zudem, dass Vorschriften vor allem eines brauchen: Vorlauf und Eindeutigkeit.

All das mag der Schulministerin am vergangenen Freitag im Kopf herumgeistert sein, als sie erstmals intern über die aufziehende Extremwetterlage beriet. Was sollte sie tun, wenn das Schnee- und Eis-Chaos aus anderen Bundesländern auch den Westen der Republik erreichen würde? Informell ließ Feller vorbereiten, was sie am frühen Sonntagnachmittag schließlich entschied: Alle NRW-Schulen sollten am Montag dicht bleiben und in den sogenannten Distanzunterricht gehen. Das drohende Glatteis schien einen regulären Wochenstart nicht zuzulassen. Ende der Durchsage.

Nach Corona wurde Erlasslage nachgeschärft

Grundlage war die zum Sonntagabend erwartete offizielle Warnung des Deutschen Wetterdienstes für ganz Nordrhein-Westfalen. Dass vielerorts das Wetter am Ende gar nicht so extrem ausfiel und in verschiedenen Foren postwendend harsche Kritik an der amtlichen „Übervorsicht“ geäußert wurde, musste Feller wohl als Vor-



NRW-Schulministerin Dorothee Feller (CDU) ließ seit Freitag über die landesweite Schließung von Schulen wegen Glatteisgefahr beraten. Dann griff ein spezielles Regelwerk.

Henning Kaiser / dpa

sorgeparadox ertragen: Wenn die Katastrophe ausbleibt, steht die Prävention oft in der Kritik.

Die SPD-Opposition im Landtag wollte sich diesmal jedoch nicht an Feller abarbeiten. „Schulministerin Feller hat richtig gehandelt, weil sie das Wohl der Kinder in den Vordergrund gestellt hat. Es gibt Unterrichtsausfälle, über die man sich zurecht aufregen muss. Heute reden wir aber über Distanzunterricht zur Sicherheit der Kinder“, kommentiert Schulexpertin Dilek Engin, die selbst Lehrerin ist. Auch die Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft GEW, Ayla Celik, nannte Fellers Entscheidung „grundsätzlich erstmal nachvollziehbar“.

Nach der Corona-Krise hatte das Land die Erlasslage für solche Krisenfälle angepasst. Zuständig für Entscheidungen zum Ruhen des Präsenzbetriebs ist seither die sogenannte regionale Koordinierungsgruppe Unwetter (RKU), an der die jeweils zuständige Bezirksregierung beteiligt ist. Wenn ein Unwetter oder sonstige Gefahren jedoch nicht auf eine Stadt oder eine Region beschränkt bleiben, behält sich das Schulministerium vor, über ein landesweites Ruhen des Präsenzbetriebs zu entscheiden.

Feller handelte also im Einklang mit der Erlasslage und hielt sich auch an den Passus, Entscheidungen über schulische Maßnahmen „bis spätestens 18 Uhr des Vortages des vorhergesagten Ereignisses“ zu kommunizieren. Dass man Eltern, Schüler

und Lehrkräfte an diesem Montag trotzdem in erhebliche Organisationsschwierigkeiten stürzte, dürfte jedem in Düsseldorf klar gewesen sein.

Distanzunterricht soll eigentlich Digital erteilt werden

SPD-Politikerin Engin beklagte, dass Schulleitungen und Lehrkräfte „in der Kürze der Zeit die notwendigen Dinge in die Wege geleitet“ hätten und viele Familien am Sonntagnachmittag „ihre eigene Arbeit umplanen mussten“. Noch schwerwiegender erscheint, dass es bis heute keine einheitlichen Kriterien für das gibt, was NRW „Distanzunterricht“ nennt.

Die Erlasslage des Landes fordert: „Soweit die personellen und sächlichen Voraussetzungen vorliegen, soll Distanzunterricht digital erteilt werden.“ Darunter könnte man eine normale Lernstunde vor der Kamera verstehen, die von vielen Lehrkräften am Montag auch so ansatzlos auf die Beine gestellt wurde. Allerdings erlaubt das Schulministerium auch das reine Versenden von Aufgaben und Arbeitsaufträgen an die Kinder: „Sofern der Distanzunterricht nicht digital erteilt werden kann, erhalten die Schülerinnen und Schüler im Rahmen der personellen und organisatorischen Möglichkeiten Aufgaben zur Bearbeitung in analoger Form.“

„Wenn kurzfristig Distanzunterricht organisiert werden muss, ist das eine besondere Herausforderung“, sagt der Landesvorsitzende

des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Stefan Behlau. Das liege nicht am Engagement der



Die GEW-Landesvorsitzende Ayla Celik fordert Qualitätsstandards für Distanzunterricht. Marcel Kusch / dpa

Schulen, sondern an den nach wie vor sehr unterschiedlichen Voraussetzungen für Distanzunterricht. „Mancherorts fehlen weiterhin geeignete Endgeräte oder ein verlässliches WLAN“, so Behlau.

„Einheitliche, verbindliche Qualitätskriterien, klare didaktische Leitlinien und realistische Lernziele sind bislang nicht konsequent genug verankert“, kritisiert auch GEW-Landeschefin Engin. Trotz vorhandener Standards bestünden weiterhin große Unterschiede bei technischer Ausstattung vom Endgerät bis zur Netzqualität - in Schulen und Schülerhaushalten.

Kommentar

Stunde der Besserwisser



Korrespondent Tobias Blasius

Düsseldorf. Schon Franz Josef Strauß wusste: Wer in der Politik Everybody's Darling sein will, ist bald Everybody's Depp. Das gilt insbesondere in der nordrhein-westfälischen Schulpolitik, die nun mal für 2,5 Millionen Schüler und mehr als 200.000 Lehrer verantwortlich zeichnet. Ressortministerin Dorothee Feller wusste also, dass sie es niemandem würde recht machen können, als sie am Sonntagmittag mit ihrem Stab letztmals die aufziehende Extremwetterlage beriet. Wenn die Meteorologen landesweite Warnungen aussprechen, ist es die einfachste und sicherte Variante, auch landesweit den Präsenzunterricht abzusagen. Politik bedeutet halt: Entscheidung unter Unsicherheitsbedingungen. Gewiss

stürzt das berufstätige Elternhäuser in Nöte, trifft Schüler doppelt hart, die ohnehin zu Hause wenig Unterstützung erfahren, und zeigt obendrein die krassen Unterschiede dessen auf, was Schulen so unter „Distanzunterricht“ verstehen. Seit Corona weiß jeder um die Negativfolgen.

Wohlfeil, Alarmismus zu beklagen

Wenn das angekündigte Glatteis dann örtlich gar nicht kommt, ist der Ärger doppelt groß. Doch was wären Fellers Alternativen gewesen? Den Eltern, Schulen oder Regierungsbezirken den Präsenzunterricht freizustellen, wäre als Verantwortungsflucht der Landesregierung gelesen worden und hätte Sonntagnachmittags manches Chaos produziert. Trotz Unwetterwarnung einfach durchzuziehen, weil es „früher“ doch auch keinen Distanzunterricht gab und der Schulweg ohne Helikopter-Eltern noch voller Gefahren steckte? Ein einziger schwerer Schulbus-Unfall in NRW wäre der Ministerin persönlich angelastet worden. Und zwar mutmaßlich von denselben, die nun den Alarmismus beklagen.

Eltern diskutieren über Distanzunterricht

War es richtig, die Schulen in NRW wegen Glättegefahr zu schließen? Eltern haben unterschiedliche Erfahrungen gemacht.

Sophie Sommer

Essen. Viele Familien stellte es vor Betreuungsprobleme, dass Schülerinnen und Schüler am gestrigen Montag zuhause bleiben mussten. Einige Eltern kritisieren nun die Entscheidung von NRW-Schulministerin Dorothee Feller (CDU), wegen Glättegefahr in den Distanzunterricht zu wechseln. „Die Kinder hätten in die Schule gehört. Bei uns in Düsseldorf und Essen war es nicht mal richtig glatt“, schreibt eine Mutter dieser Redaktion.

Wie gut der Distanzunterricht funktioniert hat, war von Stadt zu

Stadt und von Schule zu Schule unterschiedlich. Teils wurden Kinder seit acht Uhr morgens online unterrichtet. Ein Unterschied zwischen dem realen und dem digitalen Klassenzimmer war kaum zu bemerken, berichten Eltern.

Eltern als „Hilfslehrkräfte“

Allerdings warteten andere Schülerinnen und Schüler noch um 12 Uhr mittags auf ihre Aufgaben. Ein Vater erzählt, dass die Technik nicht mitmachte, Lehrkräfte am Bildschirm ständig eingefroren und nicht zu erreichen waren.

Die Landeselternschaft der Realschulen kritisiert, dass man nicht

von Unterricht sprechen könne, wenn lediglich Arbeitsblätter online verteilt würden: „Dadurch werden Eltern erneut in die Rolle von ‚Hilfslehrkräften‘ gedrängt.“

Anika Osthoff kennt beide Seiten gut. Die 47-Jährige ist Gymnasiallehrerin – und Mutter. Sie ist in Teilzeit, hat montags frei. Diesen Vormittag unterstütze sie ihre Tochter beim Distanzunterricht. „Sie geht in die fünfte Klasse. Sie weiß nicht, wie sie einem Meeting beitrifft und parallel Dateien bearbeitet und hochlädt.“

Dass ihre Tochter damit nicht allein ist, weiß Osthoff von ihren Schülerinnen und Schülern. Die

Aufregung über die Schulschließung war groß, erzählt sie. „Für uns Lehrkräfte war der Sonntagabend sehr stressig.“ Ihr Fazit: „Distanzunterricht so spontan für einen Tag vorzubereiten, ist fast utopisch. Ich fürchte, der Stress ist höher als der Mehrwert.“

Gerade für die Jüngeren wäre es aus Osthoffs Sicht sinnvoller gewesen, den Unterricht ausfallen zu lassen. In Zukunft will sie mit ihren Schülern üben, wie diese im Ernstfall am Distanzunterricht teilnehmen. „Das ist seit der Corona-Pandemie aus dem Fokus geraten“, sagt sie.

Das fordert auch Susanne Drey-

er von der Landeselternschaft der Gymnasien in NRW. Sie musste feststellen, dass viele Schulen noch nicht ausreichend ausgestattet sind. „Manche Kinder haben nicht einmal Tablets. Wie soll da Distanzunterricht funktionieren?“, sagt sie.

Ihrer Meinung nach wäre es außerdem besser gewesen, den Online-Unterricht schon am Samstag und nicht erst am Sonntag zu beschließen. „Aber grundsätzlich finden wir es gut, dass die Schulen geschlossen blieben“, sagt Dreyer. „So mussten sich die Kinder nicht unnötig dem Risiko aussetzen, sich zu verletzen.“